

Kurzfassung des Inhalts des Dokuments "Die Linke, das Eigentum und die Macht"¹

"Das Ziel der Strategie ist ökonomische Demokratie, in der alle einen realen Einfluss auf die Produktion und die Wirtschaft und ebenso Macht und Einfluss an ihren Arbeitsplätzen und im Alltag haben. Das setzt Veränderungen der Eigentumsverhältnisse, wie wir sie heute haben, voraus. ...

In diesem Dokument wollen wir unsere Strategie auf jenem Gebiet entwickeln, das die durch Eigentum begründete Macht des Kapitals herausfordert. ... Das Fundament im Marxismus ist dessen Focus auf die Eigentumsverhältnisse und deren entscheidende Bedeutung in allen Gesellschaftsformationen. Produktivkräfte samt Eigentums- und übrigen Produktionsverhältnissen bilden die materielle und ökonomische Basis, die entscheidende Bedeutung für grundlegende Machtverhältnisse hat und dafür, welche Politik, Kultur, Ideologie etc. betrieben wird."

Eine moderne sozialistische Strategie müsse auf eine Bewegung von unten her bauen und auf eine Vielfalt von gemeinsamen Eigentumsformen. Der Hauptteil der Wirtschaft, insbesondere die machtgebenden Großkonzerne müssten demokratisiert werden und schließlich in gemeinsames Eigentum übergehen. Sozialistische Gegenmacht müsse auf lokalem, regionalem, nationalem und internationalem Niveau entwickelt werden.

Dabei werde in einer strukturellen und in einer funktionellen Perspektive gesehen: Gemeinsames Eigentum und Kontrolle über Produktionsmittel und zugleich demokratische Organisation sowie eigenständige Macht und Einfluss der Menschen.

Debatte und Strategien sollen sich auf staatliches, kommunales, genossenschaftliches und auf Eigentum von Lohnempfängern konzentrieren.

Staatseigentum sollten strukturbestimmende Einrichtungen wie Bank-, Kredit- und Börsensektor sowie wichtige Bereiche der Energie-, Verkehrs-, Arzneimittelproduktion und der Medieninfrastruktur sein. Der Staat müsse weiterhin die Kontrolle über strategisch bedeutsame Naturressourcen ausüben. Des weiteren sollten Unternehmen Staatseigentum sein, die aus Effektivitäts-, Gerechtigkeits- oder sozialen Gründen nicht privat betrieben werden sollten, wie z.B. pharmazeutische Aktiengesellschaften.

Der Reichstag sollte die Eigentumsstrategie und die Vorstände der Leitungen von staatlichen Unternehmen bestimmen. Auswertung und Kontrolle der Tätigkeit sollten durch Formen der öffentlichen Einbeziehung der Bürger, also der eigentlichen Eigentümer, gesichert werden. Diese Unternehmen sollten als Vorbild für andere Unternehmer, für Arbeitsbedingungen, Arbeitsmilieu etc. fungieren.

¹ Vänstern, ägandet och makten, Brommatryck 2002, 20 Seiten; Zusammenstellung veröffentlicht in: E.Felfe, Die Linkspartei in Schweden, in: Linksparteien im Vergleich, Hrsg. M. Brie, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 41, Berlin 2003, S.106 ff.

Auf Provinz- und Kommunalebene, wo im wesentlichen Schulbildung, Gesundheitswesen, Pflege-, Kinder- und Altenfürsorge realisiert werden, würde mit diesem Teil des öffentlichen Sektors ein erheblicher Teil der Gegenmacht gegen private Kapitalmacht gebildet.

Davon ausgehend wurde für die Beibehaltung der Steuereinnahmen der Kommunen und weitere Steuerfinanzierung des öffentlichen Sozialsektors plädiert. Gewinnorientierte Unternehmen im Pflege- und Schulbereich sollten wieder in den öffentlichen Sektor zurückgeführt werden. Die gewählten Provinzial- und Kommunalparlamente seien für neue demokratisierte Leitungs- und Kontrollmechanismen verantwortlich, durch die den Angestellten im öffentlichen Servicesektor und den Nutzern breitere Mitbestimmung ermöglicht würde. Es wird vorgeschlagen, direkt gewählte regionale Körperschaften einzurichten, um übergreifende Aufgaben zu lösen. Auch genossenschaftliche und ideelle von ihren Mitgliedern oder Interessenten geleitete Organisationen sollten ihren Platz in den kommunalen Strukturen behalten. Für Unternehmen und Aktiengesellschaften vor allem im Bereich der Infrastruktur, in denen Kommunen Mehrheitseigner sind, sollten die gewählten Vertretungen konkrete durchdachte Eigentümerstrategien entwickeln und festlegen, wie die Bürger auch in die spätere Kontrolle einbezogen und ihre Mitgestaltungsrechte gesichert werden.

Des Weiteren werden Vorschläge unterbreitet, wie generell durch politische Steuerung weiteren Privatisierungen entgegen gewirkt werden könne. Es wird auf Erfahrungen mit entsprechender zeitlich begrenzter Gesetzgebung verwiesen und es werden ökonomische, auch zeitweilige Erleichterungen für kommunales Eigentum sowie wirtschaftliche Sanktionen bei seinem Verkauf vorgeschlagen. Privatisierungen sollten nur nach Erlaubniserteilung in Relation zur Situation der Kommune erfolgen. Unter Hinweis auf Holland und Kanada, wird vorgeschlagen, per Gesetzgebung in Bereichen wie Gesundheitswesen und Pflegeeinrichtungen die Wirksamkeit von gewinnorientierten Unternehmen zu verbieten.

Schließlich wird der Bereich der kollektiven Kapitalbildung durch Fonds aufgegriffen und neue Vorschläge unterbreitet.

"Die Arbeitnehmer der Welt sind durch ihr angesammeltes Pensionskapital in größerem Umfang Eigentümer als es dem Wert der drei führenden Börsen der Welt entspricht. Dennoch sind es die Kapitalisten, die die Macht in dem ganz und gar dominierenden Teil der größeren Unternehmen der Welt haben. Kollektive Kapitalbildung durch Fonds ist eine Strategie, die zur Entwicklung von ökonomischer Demokratie und von einem demokratischen Sozialismus beitragen kann."

Zum Beispiel ginge es um gewerkschaftseigene Pensionsfonds, die auf dem Grundprinzip der ökonomischen Demokratie beruhen: gemeinsames Eigentum und demokratische Steuerung nach dem Prinzip: eine Person – eine Stimme. Gewerkschaftsfonds müssten Einfluss und Macht aus Aktieneigentum nutzen, um zum Beispiel Stilllegungen von gewinnbringenden Unternehmen oder Verlegung von Produktionen in Niedriglohnländer zu verhindern. Gewerkschaftsmitglieder sollten die Wahl haben, ihr Pensionskapital in den von den Gewerkschaften gebildeten Fonds einzuzahlen und die Leitungen zu bestimmen. Es wären Kombinationen mit verschiedenen regionalen Fonds denkbar. Auf längere Sicht könnten Unternehmen im Eigentum der abhängig Beschäftigten und von ihnen verwaltet, geschaffen werden. Das wäre, ohne Probleme und Konfliktpotentiale zu negieren, für die hoch organisierte Arbeiterbewegung in Schweden ein Weg allmählicher Machtveränderung.

Unter der Überschrift Gesellschaftseigene Fonds werden weitere Projekte diskutiert.

Das noch existierende staatliche Pensions-Fondssystem sollte im Rahmen einer veränderten Verantwortung des Staates als Eigentümer durch Streichung von Investitionssperren und anderen Behinderungen als Faktor für mehr Macht der Einzahler in der Wirtschaft aktiviert werden. Das könnte dazu führen, dass Gewinne wieder in Schweden investiert werden.

Anknüpfend an dem Projekt der Lohnempfängerfonds aus der Mitte der 70er Jahre und unter Berücksichtigung von Problemen mit diesem Modell wird ein Vorschlag für Gesellschaftsfonds skizziert:

Größere Unternehmen mit mindestens 100 - 200 Beschäftigten und einem bestimmten Umsatz würden einen Anteil ihres jährlichen Gewinns in Form von neu gezeichneten Aktien in Lohnempfängerfonds in den entsprechenden Unternehmen überführen, wo er weiter als arbeitendes Kapital fungieren würde. Die Liquidität der Unternehmen wäre nicht gefährdet. Nach Berechnungen zu den Lohnempfängerfonds - Vorschlägen in den 70er Jahren würden bei einem Anteil überführten Gewinns zwischen jeweils 10 und 20% diese Fonds nach 20 bis 40 Jahren eine Aktienmajorität an den Unternehmen haben. Um im Unterschied zu dem früheren Projekt eine Balance zwischen Gewerkschaften/Mitgliedern und anderen Bürgern, unterschiedlich rentablen Unternehmen bzw. unterschiedlichen Regionen des Landes herzustellen, sollten diese Fonds mit gesellschaftlichen Fonds auf regionaler Basis und einem nationalen Ausgleichsfonds kombiniert werden. Diese Fonds sollten von Leitungen unter Verantwortung gewählter regionaler Vertretungskörperschaften, Vertretern von Regierung/Reichstag und Gewerkschaften verwaltet werden. Später sollten die Belegschaften in den Leitungen der Unternehmen vertreten sein.

Durch eine solche Machtteilung bei Gesellschaftsfonds würden Gruppenegoismus und widerstreitende Interessen ausbalanciert und das Prinzip: Jeder Bürger (nicht jeder Gewerkschafter) - eine Stimme, verwirklicht werden.

Im Bewusstsein der Widerstände gegen solche komplexen Strategien zur Entwicklung von Gegenmacht wird darauf hingewiesen, dass auf internationalem Niveau Fondsstrategien gegen die globale Kapitalmacht entwickelt werden müssten.

Im **geltenden Parteiprogramm von 2004** sind Pensionsfonds, Gesellschaftsfonds

und Lohnempfängerfonds unter der Abschnitts-Überschrift "Gemeinsames Eigentum und ökonomische Demokratie" aufgenommen.

Zuvor heißt es u.a.: "Die Rechte, die aus dem Eigentum erwachsen, müssen begrenzt werden und das Eigentum an sich in gemeinsame Formen übergehen. ...

Der Kampf für ökonomische Demokratie, ein Kampf der sowohl Klassen- als auch Geschlechtsaspekte hat, muss auf mehreren Ebenen und in verschiedenen Formen geführt werden.

Aus der Perspektive des Staatsbürgers ist das gesellschaftliche Eigentum entscheidend. Durch kommunales oder staatliches Eigentum wird den demokratisch gewählten Versammlungen eine übergreifende Verantwortung für die Produktion von Waren und Dienstleistungen gegeben. Dadurch wird es möglich, dass die Produktion vom Nutzen für die Gesellschaft gesteuert wird, statt durch kurzfristige Gewinnmaximierung.

Für die, die im Unternehmen arbeiten, ist es die lokale Macht, die am wichtigsten ist. Der natürliche Ausdruck dafür ist das arbeitereigene, genossenschaftliche Unternehmen, wo die Leitung demokratisch gewählt wird und Richtlinien für die Tätigkeit gemeinsam beschlossen werden.

Eine dritte demokratische Perspektive ist die der Konsumenten. Sowohl die klassische Verbrauchergenossenschaft als auch die Gebrauchsverwaltung aus späterer Zeit in verschiedenen kommunalen Einrichtungen sind Beispiele für diese Form von demokratischem und gemeinsamem Eigentum....

Die Möglichkeiten für eine Demokratisierung und für Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft, die ein aktives öffentliches und gemeinsames Eigentum geben, müssen voll ausgeschöpft werden. Der Anteil der Unternehmen an der Wirtschaft, die in gemeinsamem Eigentum stehen, sollte vergrößert werden. Arbeitereigentum und Verbrauchergenossenschaften sollen durch Gesetzgebung und Steuerpolitik stimuliert werden....

Besonders wichtig ist, dass gesellschaftliches Eigentum in wirtschaftlichen Schlüsselsektoren stark ist: Transportsystem, Kommunikation und übrige Infrastruktur, der Finanzsektor, Wohnungsbau, Energieversorgung, strategische Naturreichtümer u.s.w.. Unternehmen in gesellschaftlichem Eigentum sollen hinsichtlich der Teilnahme der Beschäftigten an der Verwaltung und Leitung des Unternehmens Vorbild sein. Patriarchale Strukturen sollen aktiv abgebaut werden." (Vänsterpartiets partiprogram, Februari 2004, Auszug aus der unredigierten Fassung)